

Wie soll mit der Krise in Griechenland umgegangen werden?

34 Eine Umfrage unter internationalen Experten

Niklas Potrafke und Markus Reischmann

Im Rahmen des CESifo World Economic Survey vom Herbst 2015 wurden Wirtschaftsexperten aus 113 Ländern befragt, wie mit der Krise in Griechenland umgegangen werden soll. Die Mehrheit der Befragungsteilnehmer war dagegen, dass Griechenland aus dem Euroverbund austreten sollte. Ökonometrische Schätzergebnisse zeigen, dass insbesondere Experten aus Ländern mit hohen Staatsverschuldungsquoten gegen den Grexit waren (vgl. Potrafke und Reischmann 2016). Breite Zustimmung gab es unter den Experten dafür, dass der IWF Kredite für Griechenland bereitstellt und sich an der Ausarbeitung der Wirtschaftsreformen beteiligt.

Soll Griechenland aus dem Euroverbund austreten? Über den sogenannten »Grexit« herrschen geteilte Meinungen. Im Juli 2015 schnürten die europäischen Regierungen, die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) ein neues Rettungspaket und entschieden sich gegen den Grexit. Meinungsumfragen zeigten aber, dass die Bürger in Dänemark, Schweden, England und Finnland mehrheitlich für den Grexit waren.¹ In Frankreich und Norwegen hielten sich die Zahlen der Befürworter und Gegner eines Austritts Griechenlands aus der Eurozone die Waage. Wenn die Präferenzen von Politikern (und ihre politischen Entscheidungen) nicht im Einklang mit den Präferenzen der Wähler stehen, entsteht ein Prinzipal-Agent-Problem.

Sinn (2015) legt dar, dass Griechenlands Hauptproblem seine fehlende Wettbewerbsfähigkeit ist.² Die Preise für Waren und Dienstleistungen stehen nicht im Einklang mit der Produktivität der Wirtschaft. Um die Krise zu überwinden, muss Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit steigern. Sinn (2015, S. 24 f.) zeigt vier Optionen auf, wie auf Griechenlands fehlende Wettbewerbsfähigkeit reagiert werden kann: (1) Die anderen europäischen Länder akzeptieren Griechenlands fehlende Wettbewerbsfähigkeit und stellen weiterhin finanzielle Hilfen bereit. Diese Lösung ist nicht nachhaltig und langfristig gesehen auch nicht wahrscheinlich. (2) Griechenland wertet intern ab, indem die

Preise stark gesenkt werden. Drastische Preissenkungen können jedoch zu Insolvenzen, Probleme für Mieter, die an langfristige Verträge gebunden sind, und Widerstand der Gewerkschaften führen. Gegen die bisherigen Sparauflagen der Troika gibt es bereits starke Proteste. (3) Die nordeuropäischen Länder erhöhen ihre Preise. Es ist aber unwahrscheinlich, dass Länder wie Deutschland starke Preissteigerungen, z.B. in Höhe von jährlich 4% über einen Zeitraum von zehn Jahren, akzeptieren würden. Daneben stellt sich die Frage, wie eine starke Inflation in den nordeuropäischen Ländern überhaupt erreicht werden kann. Die Programme der EZB zur »Quantitativen Lockerung« haben nicht zum erwünschten Anstieg der Inflation geführt.³ (4) Griechenland verlässt den Euroverbund und kehrt zu einer eigenen Währung zurück, beispielsweise der Drachme. Die Drachme würde gegenüber dem Euro abwerten. Dies dürfte zu einem Anstieg der Exporte führen. Importe würden teurer, wodurch die Nachfrage nach inländischen Produkten steigen würde. Aufgrund seiner fruchtbaren Böden und der günstigen klimatischen Bedingungen hat Griechenland im Bereich der Landwirtschaft und im Tourismus einen Wettbewerbsvorteil, der ausgenutzt werden könnte.

Der Grexit hätte selbstverständlich auch Nachteile. Die höheren Preise für Importgüter würden zu einer Absenkung des Lebensstandards führen. Insbesondere bei medizinischen Produkten und Energieimporten könnte es zu Versorgungsengpässen kommen. Die anderen europäischen Länder müssten Griechenland hierbei unterstützen. Auch geopolitische Gründe spielen eine große Rolle.

¹ Vgl. YouGov Survey Results 23–29. Juli 2015, verfügbar unter: https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/nrxjyk-0jmi/Eurotrack_July_Website_Greece.pdf, aufgerufen am 23. März 2016.

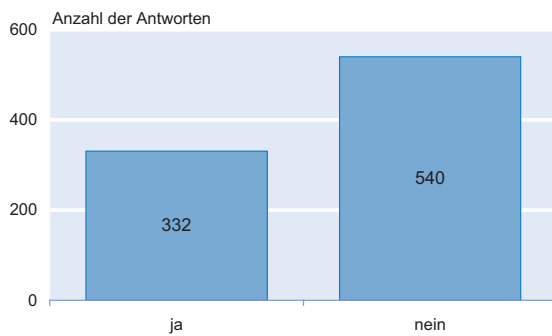
² Griechenland hat auch große strukturelle Probleme. Die Schattenwirtschaft ist stark ausgeprägt, und die staatliche Verwaltung ist ineffizient (vgl. z.B. Berger et al. 2014).

³ Zu den Programmen der »Quantitativen Lockerung« in Japan vgl. z.B. Homburg (2015).

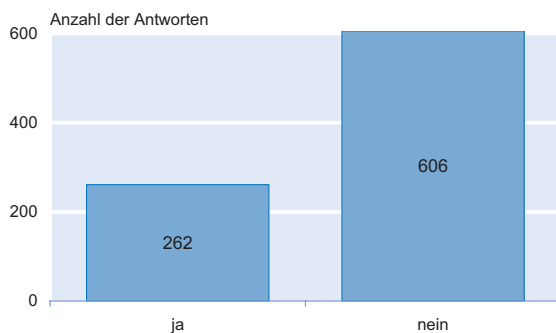
Abb. 1

Soll Griechenland den Euroraum verlassen?

Waren Sie dafür, dass Griechenland im Zuge der Verhandlungen im Juni/Juli 2015 den Euroverbund hätte verlassen sollen



Wie ist Ihre Meinung heute? Griechenland sollte den Euroverbund verlassen

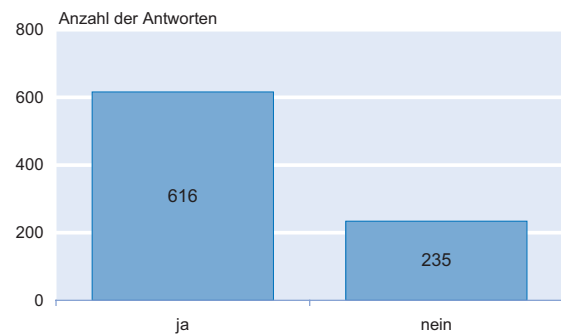


Quelle: Ifo World Economic Survey.

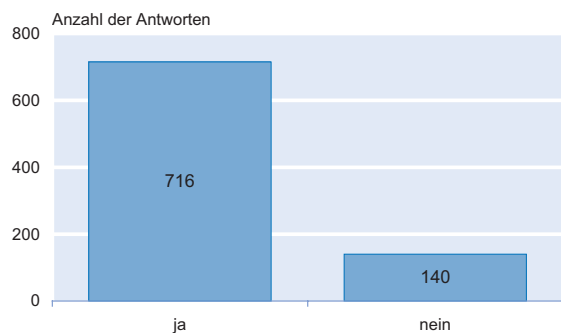
Abb. 2

Soll sich der IWF in Griechenland engagieren?

Der IWF sollte Kredite für Griechenland bereitstellen



Der IWF sollte sich an den Reformprogrammen in Griechenland beteiligen



Quelle: Ifo World Economic Survey.

So wird befürchtet, dass der Grexit das NATO-Mitglied Griechenland in die Hände Russlands treiben könnte.

Der IWF hat umfangreiche Kredite bereitgestellt und unterstützt Griechenland als Teil der Troika bei seinen Reformbemühungen. Bei seinen Kredithilfen für Griechenland hat der IWF seine Kriterien für die Kreditvergabe aufgeweicht, die sich normalerweise an den Kapitalanteilen der Mitgliedsländer am IWF orientieren. Entwicklungs- und Schwellenländer mögen nun kritisieren, dass der IWF sich zu stark auf Europa konzentriert und dort sehr großzügig auftritt.⁴

Umfrage

Im Oktober 2015 befragten wir im Rahmen des CESifo World Economic Survey Experten aus 113 Ländern dazu, wie mit der Krise in Griechenland umgegangen werden soll. Zunächst befragten wir die Experten, die in verschiedenen Institutionen, wie Verbänden, Zentralbanken, Finanzinstituten, Unternehmen, Ministerien, Botschaften, internationalen

⁴ Zu Determinanten, die das Engagement des IWF in einem Land erklären können, vgl. z.B. Bird et al. (2015).

Organisationen, Forschungsinstituten und Universitäten beschäftigt sind, ob sie der Meinung seien, dass Griechenland im Zuge der Verhandlungen im Juni/Juli 2015 aus dem Euroverbund hätte ausscheiden sollen. Die zweite Frage war, wie die Experten im Oktober 2015, also nachdem die Verhandlungen über das dritte Hilfspaket abgeschlossen waren, zum Grexit standen. Außerdem befragten wir die Experten, ob sie dafür seien, dass der IWF Kredite für Griechenland bereitstellt und sich an der Ausarbeitung der Wirtschaftsreformen beteiligt.

Abbildung 1 zeigt, dass 540 von 872 Experten (61,9%) nicht der Meinung waren, dass Griechenland im Juni/Juli 2015 den Euroverbund hätte verlassen sollen. Im Oktober 2015 waren 606 von 868 Befragungsteilnehmern dieser Meinung (69,8%). Unter den europäischen Ländern war in Deutschland, England, Schweden, Tschechien, Dänemark und der Slowakei die Mehrheit der Experten dafür, dass Griechenland den Euroverbund verlassen sollte. In den GIIPZ-Ländern (Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Spanien und Zypern) war der Anteil, der für den Euroaustritt war, besonders niedrig. Abbildung 2 zeigt, dass 616 von 851 Experten (72,4%) die Bereitstellung von Krediten für Griechenland durch den IWF befürworteten und 716 von 856 Experten

(83,6%), dass sich der IWF an den Reformen in Griechenland beteiligt.

Ökonometrische Ergebnisse

Mittels eines ökonometrischen Modells haben wir untersucht, ob ökonomische Rahmenbedingungen in den einzelnen Herkunftsländern die Meinung der Experten zum Grexit beeinflussen (vgl. Potrafke und Reischmann 2016). Dabei betrachten wir die Staatsverschuldungsquote, den Primärüberschuss, das Wirtschaftswachstum, einen Index, der die ökonomische Freiheit in einem Land misst, und die Institutionen, in denen die Experten arbeiten, als erklärende Variablen. Wir erwarteten, dass Experten aus Ländern mit hoher Staatsverschuldungsquote eher gegen den Grexit waren.⁵ Viele Länder Europas nutzten die niedrigeren Zinsen für Staatsanleihen nach der Einführung des Euro, um in großem Ausmaß Kredite aufzunehmen. Verlässt ein Land den Euroverbund, verliert es diesen Zinsvorteil. Wenn Griechenland den Euroverbund verlässt, müssen später vielleicht auch andere Länder mit fehlender Wettbewerbsfähigkeit austreten.

Unsere Ergebnisse zeigen in der Tat, dass bei Experten aus Ländern mit hoher Staatsverschuldungsquote die Wahrscheinlichkeit höher war, dass sie den Grexit ablehnen. Dieses Ergebnis ist insbesondere stark ausgeprägt, betrachtet man nur die Länder der Eurozone. Wenn die Staatsverschuldungsquote um einen Prozentpunkt steigt, sinkt die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein Experte den Grexit im Juni/Juli 2015 befürwortete, um ca. 0,35 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Wenn die Staatsverschuldungsquote um eine Standardabweichung steigt (ca. 32% Staatsverschuldung als Anteil am BIP), sinkt die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein Experte den Grexit im Juni/Juli 2015 befürwortete, um ca. 11 Prozentpunkte. Das ist ein numerisch bedeutsamer Effekt. Ein ähnliches Ergebnis finden wir auch für die Frage, ob Griechenland den Euro im Oktober 2015 verlassen sollte.

Bei der Frage, ob der IWF Kredite für Griechenland bereitstellen sollte, ist bei keiner erklärenden Variablen der Koeffizient statistisch signifikant, wenn man alle Länder betrachtet. Betrachtet man nur die Eurozone, deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Länder mit höherer Staatsverschuldungsquote eher dafür waren, dass der IWF Kredite für Griechenland bereitstellen sollte. Experten aus Ländern mit hohen Primärüberschüssen und starker wirtschaftlicher Freiheit waren eher dafür, dass sich der IWF bei den Reformen beteiligen sollte. Betrachtet man nur den Euroraum, verschwinden diese Effekte bezüglich der Reformbeteiligung des IWF jedoch.

⁵ Gärtner (1997) zeigt, dass Bürger in Ländern mit hoher Staatsverschuldung die Einführung des Euro stärker befürworteten.

Fazit

Unsere Umfrage unter Experten aus 113 Ländern weltweit zeigt, dass die Mehrheit der Befragungsteilnehmer gegen den Grexit war. Bei Experten aus Ländern mit hoher Staatsverschuldungsquote – insbesondere aus Ländern der Eurozone – war die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie den Grexit ablehnten. Dies deutet darauf hin, dass die Experten aus Eigeninteresse »nicht den Ast absägen wollen, auf dem sie sitzen« oder Solidarität mit Griechenland verspürten. Das Hilfsprogramm vom Juli 2015 führt zu mehr Umverteilung und Sozialisierung der griechischen Schulden. Experten, die befürchten, dass ihr eigenes Land auch Rettungspakete benötigen wird, scheinen eher Rettungspolitiken zu befürworten, von denen ihre Länder in Zukunft auch profitieren könnten.

Die Meinung der Experten zur Rolle des IWF war hingegen weniger kontrovers. Das Ziel des IWF ist es, Länder darin zu unterstützen, makroökonomische Stabilität zu erlangen, und sie in der Wirtschaftspolitik zu beraten. Der Großteil der Experten war der Meinung, dass der IWF Kredite für Griechenland bereitstellen und sich an den Reformen beteiligen sollte.

Literatur

- Berger, W., M. Pickhardt, A. Pitsoulis, A. Prinz, und J. Sarda (2014), »The hard shadow of the Greek economy: New estimates of the size of the underground economy and its fiscal impact«, *Applied Economics* 46, 2190–2204.
- Bird, G., J. Mylonas, und D. Rowlands (2015), »The political economy of participation in IMF programs: a disaggregated empirical analysis«, *Journal of Economic Policy Reform* 18, 221–243.
- Gärtner M. (1997), »Who wants the euro – and why? Economic explanations of public attitudes towards a single European currency«, *Public Choice* 93, 487–510.
- Homburg, S. (2015), *Understanding benign liquidity traps: The case of Japan*, Hannover Economic Papers (HEP) dp 557.
- Potrafke, N. und M. Reischmann (2016), *How to handle the crisis in Greece? Empirical evidence based on a survey of economics experts*, CESifo Working Paper No. 5860.
- Sinn, H.W. (2015), »The Greek tragedy«, *CESifo Forum* 16, Special Issue 2015 (June), 5–35.